

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Schloßberglift

GR. **Rajakovics** stellt namens der ÖVP, SPÖ, KPÖ, Grüne und GR. Khull-Kholwald folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Rajakovics**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Kollegin Sickl, es gibt auch andere, die Großeltern und Eltern haben, denen das aufgefallen ist, dass die Jahreskarte nicht mehr gültig ist. Daher habe ich mir erlaubt, auch in diese Richtung nachzudenken und nachdem das die erste Gemeinderatssitzung ist praktisch seit der Einführung, kann ich erst heute diesen Antrag stellen. Erfreulicherweise werden die Aufstiegshilfen auf den Schloßberg, auch auf Grund der Attraktivierung durch das Starcke Häuschen und das Cafe Aiola sehr gut angenommen. Es war auch eine vernünftige Entscheidung, den Lift für die einfache Fahrt auf 50 Cent zu reduzieren. Allerdings können Verbundkartenbesitzer nicht verstehen, warum ihre Fahrkarten wohl auf der Schlossbergbahn, nicht aber auf dem Lift ihre Gültigkeit besitzen.

Ich richte daher namens der ÖVP, SPÖ, FPÖ, KPÖ und Grünen und des Herrn Gemeinderates Khull-Kholwald folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Stadt als 100%-Eigentümerin der Grazer Stadtwerke AG möge an diese mit dem Ersuchen herantreten, dass Zeitkartenbesitzer den Schloßberglift wie seit Beginn gratis benützen dürfen. Für jene, die nicht bereits eine gültige Zeitkarte besitzen, soll die Regelung für die Einzelfahrt mit 50 Cent beibehalten werden.

Darüber hinaus sollen die Grazer Stadtwerke AG beziehungsweise die Grazer Freizeitbetriebe ersucht werden, gemeinsam mit Graz Tourismus, dem Magistrat und dem Schloßbergkomitee das bereits andiskutierte Projekt „Schloßberg-Card“ – bestehend aus Parkkarten, Aufstiegshilfen, Museen, Grottenbahn,

Gastroeinrichtungen etc. rasch auszuarbeiten und somit eine umsetzbare, sowohl für Tourismus und Wirtschaft als auch für ÖV-Nutzer vorteilhafte, Aktion zu setzen. Ich danke für die allgemeine Zustimmung und für die Unterstützung dieses Antrages (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. Dr. **Sickl** zum Antrag: Danke. Ich möchte mich kurz halten, weil ich habe ja schon meinen Antrag eingebracht. Ich sehe es halt, weil der Herr Bürgermeister gemeint hat, dass wir immer gegen den Lift waren, nicht jetzt, dass ich hergehe und über das noch einmal sprechen möchte, nur ich möchte nur sagen, jetzt ist er halt einmal da und das Problem ist eigentlich ein anderes, nicht ist der Lift gut, ja oder nein, sondern es geht eben wirklich um diese Jahreskartenbenützer und ich sehe es eben wirklich auch so, dass das ein gewisser Stammkundenrabatt, wenn man das so nennen darf, ist, weil als Inhaber einer Jahreskarte der GVB möchte ich gerne, dass ich eben den öffentlichen Verkehr unterstütze, dass ich eben da einsteige, nicht mit dem Auto fahre und das kann es nicht ausmachen oder das kann nicht die große Summe sein, wenn ich jetzt hergehe und diesbezüglich eben keine 50 Cent einhebe. Also das ist mein Anliegen und wir gehen natürlich mit. Danke (*Applaus FPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Vorschuljahr für Kinder mit erheblichen sprachlichen Defiziten; Petition an die Bundesregierung

GRin. **Bauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Bauer:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht in meinem dringlichen Antrag um das Vorschuljahr für Kinder mit erheblichen sprachlichen Defiziten, eine Petition an die Bundesregierung. In der Schule stellt Sprache die größte Integrationshürde dar. Sprachkompetenz entscheidet bereits frühzeitig über Erfolg oder Misserfolg im Schul- und Ausbildungsbereich und damit über die Lebens- und Integrationschancen.

Frühzeitige sprachliche Schulung und das Vertrautwerden mit der österreichischen Kultur sind daher erstrebenswert und wichtig. Um für Kinder mit nicht deutscher Muttersprache sowie deutschsprachige Kinder mit erheblichen sprachlichen Defiziten bereits vor dem Schuleintritt die Möglichkeit anzubieten, die deutsche Sprache zu erlernen beziehungsweise Defizite zu beseitigen, sind Sprachförderungsprogramme und integrative Maßnahmen bereits im Vorschulalter sehr empfehlenswert und zielführend.

Sprachliche Kompetenzen von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache und solchen mit erheblichen sprachlichen Defiziten sollten daher ein Jahr vor dem Schuleintritt überprüft werden, und den angehenden SchülerInnen mit gravierenden sprachlichen Defiziten sollte die Möglichkeit zum Besuch einer Vorschulklasse mit speziellen sprachlichen Förderprogrammen angeboten werden, um diesen Kindern bessere Voraussetzungen bieten zu können.

Älteren Kindern, die erst während der Pflichtschulzeit nach Österreich kommen, sollte zusätzlich zum Gegenstand „Interkulturelles Lernen“ ein gezielter Sprachunterricht in der Schule erteilt werden.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen:

Um den Kindern mit nicht deutscher Muttersprache und solchen mit erheblichen sprachlichen Defiziten einen positiven Schuleinstieg ermöglichen zu können, wird die Bundesregierung aufgefordert, diesen zukünftigen SchülerInnen den Besuch der

Vorschulklasse mit speziellen sprachlichen Förderungsmaßnahmen anzubieten und zu gewährleisten und älteren PflichtschülerInnen eine zusätzliche sprachliche Förderung zum gezielten Spracherwerb zu erteilen. Diese Maßnahmen sind so zu setzen, dass keine Mehrkosten für die Stadt Graz entstehen (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Binder** zum Antrag: Es tut mir sehr Leid, dass dieser dringliche Antrag dann doch eingebracht wurde, weil wir doch einige Zeit versucht haben, auf einen Nenner zu kommen und weil ich prinzipiell natürlich schon der Meinung bin, dass es Fördermöglichkeiten auch schon im vorschulischen Bereich geben soll, aber eben nicht nur für Kinder mit nicht deutscher Muttersprache, und das hast du ja auch in deinen Antrag hineingenommen, auch für österreichische Kinder, die erhebliche sprachliche Schwierigkeiten haben. Was mich aber doch veranlasst, diesem dringlichen Antrag nicht zuzustimmen, ist Folgendes und dafür hätte ich gebeten, doch noch einige Wochen zuzuwarten und miteinander zu reden. In der Pisa-Studie ist nicht herausgekommen, dass das Niveau, das uns zugewiesen wird, auf den Anteil der ausländischen Kinder zurückzuführen wäre, ganz im Gegenteil. Herausgekommen ist, dass das Niveau auch der ausländischen Schülerinnen und Schüler auch im Durchschnitt der anderen europäischen Länder liegt. Also das heißt mit anderen Worten, sie sind nicht schlechter als in anderen Ländern. Wir haben gesetzliche Fördermöglichkeiten in den Schulen und das habe ich auch in meinem Antrag, der von allen Fraktionen unterstützt wurde, auch ausgeführt, nur diese gesetzlichen Maßnahmen zur Förderung ausländischer Kinder wird und kann auf Grund der Einsparungen so nicht mehr in Anspruch genommen werden. Ich habe früher erwähnt, von 2000 LehrerInnen 2003 sind 600 übriggeblieben und von diesen 600 LehrerInnen werden immer wieder LehrerInnen abgezogen von diesem Förderunterricht, um in irgendwelchen anderen Klassen zu supplieren, das ist die eine Seite. Die andere Seite, es ist wissenschaftlich abgesichert, dass Kinder mit nicht deutscher Muttersprache dann Deutsch in einem hohen Niveau erlernen können, wenn sie in ihrer Herkunftssprache ebenso gefördert werden.

Untersuchungen beweisen und ergeben, dass gerade Kinder der zweiten Generation halbsprachig aufwachsen, also eine Semilingualität aufweisen; das bedeutet, in der sprachlichen Kommunikation, in der verbalen Kommunikation merkt man diesen Menschen überhaupt nicht an, welche Kenntnisse sie in Deutsch haben. Sie werden sich mit uns problemlos unterhalten können. Ihr großes Problem besteht aber darin, dass sie sowohl in ihrer Herkunftssprache als auch in der deutschen Sprache keine analytischen Fähigkeiten entwickeln können, sowohl in Grammatik nicht, sie haben Probleme in der Orthographie, sie haben Probleme im Stil usw. Und um dieser Halbsprachlichkeit wirkungsvoll entgegenzutreten zu können, ist es eben wichtig (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), eine Förderung sowohl in ihrer Muttersprache als auch in der deutschen Sprache angedeihen zu lassen und auch das fehlt mir leider in diesem Antrag, den ich sonst gerne unterstützt hätte und der dritte Punkt, warum ich diesem Antrag in der vorliegenden Fassung nicht zustimmen kann, besteht darin, dass hier ein Vorschuljahr oder eine Vorschulklasse angesprochen wird und ich hätte gerne, dass wir vorher überhaupt einmal diskutieren, welche Auswirkungen hat es, wenn wir schon Fünfjährige in eine Vorschulklasse hineingeben, gibt es nicht auch andere Möglichkeiten, ich gehe konform mit dir und der ÖVP, wenn sie sagt, aber die Gemeinde kann ja nicht ständig zusätzlich noch und noch belastet werden finanziell, aber da müssen wir uns Zeit lassen und müssen genauer darüber nachdenken und diskutieren, was denn sinnvolle Möglichkeiten sind, um Kinder, egal ob ausländische Kinder oder inländische Kinder, denn auch die SprachlehrerInnen, da ist ein Großteil eingespart worden, um die entsprechend zu fördern. Wir müssen schauen, wie geht Österreich mit diesen Kindern um, die diese Schwäche haben und wie viel sind die Kinder der Bundesregierung eigentlich wirklich wert, die Ausbildung aller unserer Kinder. Daher muss ich meine Zustimmung leider verweigern.

Zwischenruf GR. Schönegger: Werden wir überleben.

GRin. **Meißlitzer**. Die Kollegin Binder hat schon sehr viel Sachliches, Fachliches gebracht. Ich möchte das nicht wiederholen. Die Dringlichkeit ist natürlich auch für die sozialdemokratische Fraktion unbestritten, es muss etwas geschehen und wir haben einfach darüber zu reden. Aber solche Ho-Ruck-Aktionen, wo dann nur ein geringer Prozentsatz von Schulkindern erfasst wird und dann noch mit dem Zusatz, dass zum Beispiel der Stadt Graz keine Kosten erwachsen dürfen, das ist mir einfach zu wenig und zu wenig weitreichend und dass dann Kinder zum Beispiel, die nicht deutscher Muttersprache sind, dann mit fünf Jahren diesen Test machen müssen und dann mit sechs Jahren noch einmal einen Test machen müssen, also das kann es ja wohl auch nicht sein. Denn ich glaube, Leistung zu erbringen, ist in unserer Gesellschaft schon notwendig, aber Fünfjährige damit zu belasten, das sehe ich nicht für sehr sinnvoll und außerdem von der Frühförderung her, der Antrag von der Sigi Binder hat ja viele Dinge drinnen, die hinein gehören, die gut und richtig sind und ich möchte noch hinzufügen, und wir haben heute auch einen Antrag der Ina Bergmann, wo es auch um die Kindergärten geht, also ich kann bestätigen, Kinder, die zum Beispiel den Kindergarten besuchen, hier wird eine sprachliche Kompetenz für deutschsprachige und für nicht deutschsprachige Kinder auf spielerische Weise vermittelt und ich wünsche mir für unsere Kinder, dass sie ihre Kindheit leben können und nicht schon mit fünf Jahren verschult werden, nur weil sie eine Gruppe sind, die sprachlich nicht so gefestigt ist, wie andere, wo auch das Elternhaus zu einer sprachlichen Festigung beiträgt. Wir können daher dem Inhalt nicht zustimmen (*Applaus SPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Vielleicht nur einen Satz, Frau Klubobfrau Binder, weil es so herausgekommen ist, ich bin sicher, diese Gemeinderatsinitiative von der ÖVP zielt nicht darauf ab, künftige Ergebnisse einer kommenden Pisa-Studie zu verbessern. Es ist so ein bisschen herausgekommen, jetzt müssen wir uns besonders auf die Kinder konzentrieren, damit wir dann wieder bessere Ergebnisse haben, es ist irgendwie vermengt worden. Es geht ausschließlich darum, Kindern mit oder ohne deutsche Muttersprache bessere Einstiegs-, Ausbildungs- und damit Lebenschancen zu geben und nicht mehr und nicht weniger (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Also nur kurz eine Replik, weil mir vorgeworfen wird von dir, ich hätte da etwas vermengt. Ich habe da überhaupt nichts vermengt, für wie naiv hält man uns eigentlich, dass wir glauben sollen, dass dieser Antrag nichts mit dem momentanen bundesweiten Trend zu tun hat? Also da verwahre ich mich aber sehr dagegen. Mich für so naiv zu halten, natürlich steckt das dahinter und dazu stehe ich auch und ich vermenge da gar nichts (*Applaus Grüne*).

GRin. **Bauer**: Also es geht mir grundsätzlich einmal nicht um die Anhebung des durchschnittlichen Niveaus oder ein Vergleich zu anderen Ländern, sondern es geht mir wirklich um die verbesserten Möglichkeiten für diese Kinder mit Defiziten und was die Supplierungen betrifft im IKL-Bereich, so weiß ich von beiden Inspektoren, dass man sehr danach trachtet und dass es auch Weisungen von Seiten des Bezirksschulrates gibt, dass man eben gerade diese Lehrer nicht vermehrt zu Supplierungen eingesetzt, sondern ganz im Gegenteil. Also es gibt sowohl vom Inspektor Lang als auch von der Frau Inspektor Kibisch dazu schriftliche Weisungen, die mir auch gestern gezeigt worden sind. Mir geht es in meinem Antrag wirklich rein darum, dass Kinder, die Defizite haben, irgendeine Möglichkeit haben, die Chancengleichheit zu Beginn der Schule überhaupt schon erlangt zu haben. Ich habe zahlreiche Kinder unterrichtet und auch jetzt in meiner vierten Klasse zwei Kinder, die der deutschen Sprache nicht so mächtig sind, dass sie in die AHS gehen könnten, obwohl sie eigentlich von der Intelligenz dazu die Voraussetzungen hätten. Und darum ist mir der Antrag speziell wichtig und es gibt einfach, und das zeigen uns ja die Erfahrungen auch vom Bund her, von den Eltern nicht immer die Bereitschaft der Integration, sprich: die Deutschkurse werden nur zu einem geringen Ausmaß angenommen, was uns natürlich nicht sehr erfreulich stimmt und daher denke ich mir, gerade solche Maßnahmen bei den Kindern anzusetzen und ihnen die Möglichkeit zu geben, schon vorzeitig eine Basis zu erlangen, ist ein durchaus guter Antrag und ist eigentlich traurig, dass man das dann irgendwo so von verschiedenen Sichtweisen aus zu beurteilen hat (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

3) Petition an den Bundesgesetzgeber – Einführung der Gesamtschule – Senkung der Klassenschülerhöchstzahl

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bildungsdialog ist offiziell zu Ende, hoffentlich geht er trotzdem weiter. Reformen werden angedacht. Wie weit wirklich Schritte in Richtung einer zukunftsorientierten Pädagogik gesetzt werden, wird sich weisen. Die geplante Beseitigung der bisher notwendigen Zweidrittelmehrheit für Fragen der Schulorganisation allein sagt noch gar nichts. Über Begabten- und Hochbegabtenförderung wurde schon viel gesprochen, vor allem von der Partei, die seit vielen Jahren dafür hauptverantwortlich ist, dass gerade Freigegegenstände und unverbindliche Übungen, die in besonderer Weise auf Interessen und Begabungen vieler Schüler eingehen konnten, in der Schule kaum mehr Eingang finden. Durch die Kürzungen der Werteinheiten kann sonst der Regelunterricht nicht mehr ausreichend gewährleistet werden. Von Eliteuniversitäten wird viel fantasiert. Gerade von jener Seite, die die Hauptverantwortung für die finanzielle Austrocknung der österreichischen Universitäten trägt. Eine Bitte nach Wien, gebt allen Universitäten das Geld, das sie benötigen und wir haben ein Dutzend Spitzenunis in Österreich. Die Schulautonomie, die in Angriff genommen wurde, hat in erster Linie Schulen im konstanten Konkurrenzkampf zueinander gebracht. Mangelnde finanzielle Ausstattung wird nun nicht von den Schulen gemeinsam vom Schulerhalter eingefordert, sondern als Einzelproblem der eigenen Anstalt betrachtet. Könnte der Elternverein nicht tiefer in die Tasche greifen? Sollte man nicht noch weitere Firmen um Sponsoring anbetteln? Die denkbar konsequente Fortsetzung dieser Autonomie, Direktor und Direktorin wählen selbst das Lehrpersonal aus, entpuppt sich bei der Allmacht zweier Parteien in Österreichs Schullandschaft als Horrorvorstellung. Wird in Zukunft auch die politische Meinung und Parteizugehörigkeit des Junglehrers/ der Junglehrerin für das Anforderungsprofil indirekt ausschlaggebend sein? Da sich fast alle Direktoren und Direktorinnen in einem Naheverhältnis zu einer der beiden großen Parteien befinden und sich ihnen unter Umständen verpflichtet fühlen, ist das nicht von der Hand zu weisen.

Zwei Maßnahmen, welche die Bildungskultur, Chancengleichheit und Unterrichtsqualität heben könnten, wurden an diesem Bildungsgipfel kaum erwähnt beziehungsweise rücken in weite Ferne, obwohl sie seit 20 Jahren die Diskussionen um die Schule dominieren:

Es geht um die Senkung der Schüler- und Schülerinnenhöchstzahl pro Klasse (die heute noch bei 30 liegt und bei Bedarf sogar auf 36 erweitert werden kann) und die höchst notwendige Einführung der differenzierten Gesamtschule aller 10- bis 15-Jährigen, über deren bildungspolitische Bedeutung in diesem Haus vor einiger Zeit ausführlich gesprochen wurde.

Deshalb stelle ich im Namen des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich in einer Petition mit folgenden Forderungen an den Bundesgesetzgeber:

- Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25
- Einführung der differenzierten Gesamtschule für alle 10- bis 15-Jährigen
(*Applaus KPÖ*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*). Wir stimmen als sozialdemokratische Fraktion der Dringlichkeit und auch dem Inhalt zu...(*weitere Wortmeldung unverständlich*).

Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Kannst du so reden, dass man dich hör?

GRin. Mag. **Uray-Frick** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*). Wir stimmen weder der Dringlichkeit noch dem Antrag zu.

GRin. **Bauer**: Also wir stimmen weder der Dringlichkeit noch dem Antrag zu, und möchte das aber ganz gerne inhaltlich auch begründen. Zum Punkt 1) Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25, ist doch ein Argument zu berücksichtigen, was jetzt den Pflichtschulbereich betrifft, gibt es immer weniger Klassen, wo mehr als 25 Kinder in einer Klasse zu finden sind, da einfach die Schüler bald nicht mehr vorhanden sind. Punkt 2) Einführung der differenzierten Gesamtschule für alle 10-bis 15-Jährigen, die Unterrichtsqualität hängt nicht von der Gesamtschule ab, inhaltliche Dinge, wie pädagogische Konzepte, neue Lehr- und Lernformen, differenzierte Fördermaßnahmen erscheinen uns inhaltlich wesentlicher in der Basisdiskussion. Natürlich nichtsdestotrotz ist es ganz wichtig, was jetzt geschieht, dass wir uns wirklich auch in Wien Zug um Zug öffnen und dass wir neue Wege andiskutieren, es ist nur die Frage, welche Art der Gesamtschule da auch gemeint ist, wenn man von Gesamtschule spricht. Man kann nicht verschiedene Länder miteinander vergleichen. Zum Beispiel in Finnland ist es so, dass Finnland eine weit homogenere Schülerschaft hat mit viel weniger Emigranten und in Deutschland möchte ich gerne ein Zitat vorlesen: Im Übrigen existiert keine einzige wissenschaftliche Studie der deutschen Gesamtschule, die auch nur in einem Bereich einen Gleichstand mit den Schulen des gegliederten Schulwesens geschweige denn einen Vorsprung attestiert. Vielmehr kommen sämtliche Untersuchungen des Max-Planck-Institutes für Bildungsforschung der Humboldtuniversität Berlin und viele weiteren renommierten Forschungsgruppen unisono zu einem Ergebnis, Gesamtschule in Deutschland liegt beispielsweise am Ende der zehnten Klasse hinsichtlich Lernleistung und hinsichtlich Sozialentwicklung ihrer Schüler, drei Jahre hinter dem Gymnasium und zwei Jahre hinter der Realschule. Also Faktum ist, dass für uns ganz entscheidend im Bildungsdiallog sein sollte die pädagogischen Konzepte und Inhalte und nicht nur die Frage nach der Gesamtschule. Danke (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 15.05 Uhr den Vorsitz.

StRin. **Kaltenbeck-Michl** zum Antrag: Ich würde gerne von Kollegin zu Kollegin widersprechen, ehemaliger Kollegin. Wenn die Frau Gemeinderätin Bauer sagt, die Unterrichtsqualität hat nichts mit der Frage der Gesamtschule zu tun. Alle wissenschaftlichen Studien, und darauf sind ja auch immer Reformen der äußeren Form begründet worden, also Schulreformen, die sich auf die äußere Form bezogen haben, weisen nach, dass es immer einen starken Zusammenhang gibt zwischen der Organisationsform einer Schule oder einer Bildungseinrichtung und der Frage, wie Inhalte vermittelt werden und wie sich Unterricht gestalten kann. Ich nenne ein einfaches Beispiel, um auf die Frage der Gesamtschule zu kommen. Eine noch so engagierte Lehrerin mit einem noch so integrativen Ansatz, also integrativen Ansatz, damit meine ich, sie möchte alle gleichermaßen fördern, die Begabten fördern und fördern und die Schwachen fördern und fördern, sodass die Begabten immer besser werden und die Schwächen der Schwachen ausgeglichen werden, kann dieses Ziel nur optimal erreichen in einem Organisationsverband, in dem nur Kinder sitzen, die das gleiche niedrige Leistungsniveau haben. Das war zum Beispiel der Grund, warum man seinerzeit, übrigens auch mit Unterstützung der ÖVP, warum man seinerzeit die Reform gemacht hat von dem Klassenzugssystem erster und zweiter Klassenzug hin zur differenzierten Hauptschule. Genau das war der Grund, dass man gesagt hat, wie sollen denn zum Beispiel alle Kinder, die Defizite in der deutschen Sprache haben, miteinander und voneinander lernen, wenn ihnen das Vorbild der Mitschüler und der Mitschülerin fehlt. Weil wir wissen ja, dass Kinder nicht nur von der Lehrerin und dem Lehrer lernen und auch nicht nur aus Büchern, sondern in erster Linie sich auch an Mitschülern und Mitschülerinnen orientieren und miteinander und voneinander lernen. Also hat man die differenzierte Hauptschule eingeführt mit innerer Leistungsdifferenzierung, die Frau Gemeinderätin Bauer wird das wahrscheinlich wissen. Also allein diesen integrativen Ansatz zu sagen, die Begabten lernen mit den weniger Begabten und die weniger Begabten lernen von den gut Begabten, der ist ganz unmöglich, wenn wir nicht ein gemeinsames Schiff sozusagen losschicken, in dem alle Kinder Platz haben mit den unterschiedlichen Schwächen, mit den unterschiedlichen Begabungen und genau darum geht es in der

Gesamtschule. Und du weißt auch, dass es darüber hinaus noch um etwas anderes geht, es geht um die Frage, haben die Kinder mit unserem jetzigen Schulsystem, nämlich mit der äußeren Differenzierung im Gymnasium auf der einen Seite und in der Hauptschule auf der anderen Seite, die noch dazu in den Ballungszentren das Problem hat, dass sie ohnehin schon abgeschöpft ist, haben damit tatsächlich alle Kinder die gleichen Bildungschancen? Ich nehme an, dass uns das ein gemeinsames Ziel ist, davon gehe ich einmal aus und ich sage, das haben sie nicht und sie haben das deshalb nicht, weil, und deshalb sind ja auch die anderen Staaten so erfolgreich in der Pisa-Studie, weil eine Entscheidung im Hinblick der Schullaufbahn mit zehn Jahren schlicht und einfach zu früh ist. Niemand kann mit zehn Jahren vorhersagen, wie sich das Begabungsprofil und das Interessensprofil eines Kindes in den nächsten Jahren entwickeln wird. Und daran hapert unser Schulsystem und wenn ihr euch jetzt, oder die ÖVP sich, zurückzieht auf die Positionierung, ich meine mit Ausnahme, der ja fortschrittlichen Bildungslandesrätin Edlinger, euch auf die Positionierung zurückzieht zu sagen, lassen wir das bisherige System, weil es genügt eh, da ein bisschen Unterricht zu verbessern und dort ein bisschen Unterricht und ein bisschen bessere Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen und was uns da alles so an kleinen kosmetischen Aktionen einfällt, dann heißt das, dass wir dem Kind einer großen Gruppe von Kindern und vor allem solchen, die zu Hause nicht gut gefördert werden, vor allem solchen, die von einer sozialen Herkunft kommen, wo sie von vornherein weniger Startchancen haben, dass wir denen Zukunfts- und Entwicklungschancen verwehren, das heißt aber auch, meiner Meinung nach, dass die Gesellschaft auf ein großes Potential von Begabungen, die in unseren Kindern stecken, schlicht und einfach verzichtet und das heißt, davon bin ich überzeugt, einen Standortnachteil, einen wirtschaftlichen für dieses Österreich. Es heißt nicht nur einen Bildungsnachteil, es heißt einen Standortnachteil, weil das wissen wir, die sogenannte Software Bildung ist sozusagen überhaupt der wichtigste Anker, der wichtigste Anziehungs- und Anknüpfungspunkt für Unternehmungen, sonst werden wir nicht mehr sehr viel zu bieten haben in Österreich. Ich würde mir schon wünschen, dass es uns gelingt auf allen Ebenen, aber auch hier herinnen, vielleicht setzen wir uns einmal zusammen jenseits dieses Gemeinderatssaales und diskutieren wir uns das aus, dass wir jenseits von ideologischen Zugängen, ich nenne es nicht Scheuklappen, jenseits von ideologischen Zugängen unser Argumente ein bisschen intensiver austauschen, also

ich respektiere, dass ihr jetzt nicht mitgeht, das ist schon ok, aber ich möchte gerne dazu mit allen Fraktionen und insbesondere mit der Fraktion der ÖVP und insbesondere mit dir, als Pädagogin und Bildungsexpertin gerne weiter diskutieren (*Applaus SPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Gerne nehmen wir dieses Angebot an, darüber zu diskutieren, Frau Kollegin. Ich möchte nur zum Antrag und diesen Forderungen noch zwei Sätze sagen. Die Forderung, die Klassenschülerhöchstzahl auf 25 zu reduzieren, die Frau Gemeinderätin Bauer hat es schon ausgeführt, trifft wohl für unsere Pflichtschulen in der Realität nicht zu, zumal unsere Pflichtschulen in den Volksschulen durchschnittlich 22, in den Hauptschulen 23 Kinder haben. Wir wünschen uns etwas vom Bundesgesetzgeber, dass de facto also einen anderen Schulerhalter trifft, aber inhaltlich wäre da gar nicht viel dagegen zu sagen und ich bin persönlich auch sehr offen, über Reformen im Bildungswesen zu reden, wengleich wir natürlich in erster Linie Schulerhalter sind, aber ich glaube doch, dass eine Gesamtschule, wie sie hier gefordert wird, eine differenzierte Gesamtschule, umfassende Neuregelungen auch für die Stadt Graz oder für alle Gemeinden bedeuten würde. Es geht um Schulerhalterschaft, Schulorganisation, Schulaufsicht, das sind alles Fragen, die wir sehr, sehr eingehend diskutieren müssen, nicht nur wir unter uns, sondern auch Richtung Bund, weil nichts leichter als das, dass man wieder tolle Reformen macht und die Zeche zahlt wieder die Gemeinde, das kann es letztlich auch nicht sein. Ich weiß schon, dass das jetzt im Sinne der Bildungsreform ein sehr bescheidener Ansatz ist, da geht es wieder nur um das Geld, aber wir sollten gerade als Gemeinde, wo wir so viele Aufgaben schon übernehmen, viele Aufgaben aus Überzeugung übernehmen, weil sie notwendig sind, aber wir sollten diese Fragen einfach beleuchten, bevor wir einfach an den Bund eine Petition schicken und sagen, wir fordern die Einführung, ohne diese Fragen geklärt zu haben (*Applaus ÖVP*).

Mag. **Fabisch**: Das Argument mit der Klassenschülerhöchstzahl 25 das habe ich nicht ganz verstanden, Frau Kollegin Bauer. Es geht nicht um eine Mindestzahl, sondern um die Höchstzahl und wird diese überschritten, dann haben wir halt zwei Klassen und das ist sehr zu begrüßen. Im Großen und Ganzen bedanke ich mich auch bei der Frau Stadträtin, die sich in ausgezeichneter Form dazu geäußert hat. Noch einmal, das ist eine Petition an den Bundesgesetzgeber und nicht eine Sache der Stadt Graz allein, sondern eine Bitte von der Stadt Graz um eine bundesgesetzliche Maßnahme. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

4) Petition an die Österreichische Bundesregierung, sich für die Anerkennung von Kindergärten als Bildungseinrichtungen einzusetzen und die Einführung eines verpflichtenden kostenlosen Kindergartenjahres vor Schulantritt zu überdenken

GRin. **Bergmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! In ganz Österreich herrscht momentan helle Aufregung über das Ergebnis der letzten Pisa-Studie. Die Bundesregierung spricht über eine fällige Bildungsreform. Viele Experten und Meinungen wurden dazu eingeholt - es besteht aber trotz allem die Gefahr, dass wieder nur oberflächliche Veränderungen beschlossen werden und sich an der Situation nicht wirklich etwas ändern wird.

Es ist bekannt, dass Kinder in den ersten Lebensjahren die höchste Lernfähigkeit besitzen und alles in diesen Jahren Erlernte wesentlich für den weiteren Bildungsweg entscheiden kann.

Die Kindergärten sind eine wichtige Einrichtung zur Förderung von Kindern und leisten einen wesentlichen Beitrag in der vorschulischen Erziehung.

Die sprachliche Förderung von fremdsprachigen Kindern sowie von österreichischen Kindern ist auch in den letzten Diskussionen, wie wir auch heute sehen, um die Pisa-Studie immer wieder ein zentrales Anliegen.

Hervorragende Ergebnisse bezüglich Sprachentwicklung brachten Versuche über Fremdsprachenspiele, vor allem im Bereich der Sprache Englisch in steirischen Kindergärten. Kinder, die daran teilnahmen, hatten einfach wesentlich bessere Voraussetzungen in der Schule.

Leider sind diese Versuche immer nur durch engagierte Pädagogen, Eltern und durchaus vereinzelt auch durch Gemeindevertreter möglich.

Die Kindergärten in Österreich stehen jedoch vor einer sehr schwierigen Situation und können unter den momentanen Rahmenbedingungen nur das Allernotwendigste erfüllen.

Den Gemeinden und Städten stehen immer weniger finanzielle Mittel für diese Aufgabe zur Verfügung, teilweise werden im Land Gesetze beschlossen, welche durchaus für eine Qualitätsverbesserung sorgen – jedoch bei der Finanzierbarkeit werden Städte und Gemeinden vorwiegend allein gelassen.

Die konkrete Gefahr besteht darin, dass in Zukunft die Zahl der zur Verfügung stehenden Kindergartenplätze drastisch sinken wird oder die Kindergartenkosten für Eltern derart steigen werden, dass ein Kindergartenbesuch in Österreich für viele Familien zum Luxus wird.

Wie der zuletzt veröffentlichte Sozialbericht der Bundesregierung aufzeigte, sind vor allem Mehrkindfamilien immer stärker von Armut bedroht. Die letzten Arbeitslosenstatistiken untermauern diese Situation.

Die Bundesregierung ist daher unserer Meinung nach dringend aufgefordert, sich dem Thema „vorschulische Kinderbetreuung“ nicht zu entziehen und so schnell wie möglich Initiativen zu setzen.

Im Namen der KPÖ Fraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat möge in einer schriftlichen Petition an die österreichische Bundesregierung folgende Punkte fordern:

1. im Zuge der Bildungsreform Kindergärten grundsätzlich als Bildungseinrichtungen anzuerkennen;
2. die Einführung eines verpflichtenden, kostenlosen Kindergartenjahres vor Schulantritt zu überdenken;
3. die finanzielle Absicherung auch von Seiten des Bundes zu gewährleisten.

GRin. **Meißlitzer** zur Dringlichkeit: Nachdem heute in dem Haus schon sehr engagierte Schuldebatten geführt worden sind, freue ich mich über diesen Antrag persönlich sehr. Ich glaube, dass ist kein aktuelles neues Thema, sondern ich weiß, dass in ganz Österreich von KindergartenpädagogInnen seit mehr als 20 Jahren das gefordert wird, den Kindergarten endgültig als Bildungseinrichtung anzuerkennen und es ist auch damals schon gefordert worden, wie die Ausbildung der KindergartenpädagogInnen mit Maturaabschluss und einer fünfjährigen Ausbildung angehoben wurde und ich bin daher über diesen Antrag hoch erfreut und freue mich auch über eine breite Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GRin. **Bergmann**: Ich möchte dazu eigentlich nichts mehr sagen, ich freue mich dass der Antrag angenommen wurde und bedanke mich bei jenen, die zugestimmt haben (*Applaus KPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.20 Uhr den Vorsitz.